

MEXIKO

Nie wieder Verlierer sein

Die Proteste für den knapp unterlegenen Präsidentschaftskandidaten López Obrador reißen auch nach mehr als einem Monat nicht ab.

Wer in diesen Tagen über Mexikos Prachtstraße "La Reforma" spaziert, erlebt ungewöhnliche Kontraste: Zwischen dem Edelfhotel Sheraton und der Börse spielen Jugendliche aus den Armenvierteln Streetball, während sich deren große Schwestern beim Karaoke vergnügen. Wenige Meter weiter gibt der Schriftsteller Paco Ignacio Taibo II Unterricht über die

mexikanische Geschichte und wer will, kann sich an jeder Ecke den Film "Wer ist Señor López?" anschauen. Gäbe es ihn nicht, diesen Señor Andrés Manuel López Obrador, bliebe den Bewohnern von Mexiko-Stadt dieses Spektakel erspart. Doch das acht Kilometer lange Zeltlager, mit dem Anhänger des gemäßigt linken Politikers seit über zwei Wochen das

Zentrum der Metropole blockieren, ist längst mehr als eine Protestaktion gegen einen möglichen Wahlbetrug: die Armen haben sich die nobelste Straße der Hauptstadt angeeignet. Arm gegen reich, auf diesen simplen Nenner kann man die Auseinandersetzungen um die mexikanischen Präsidentschaftswahlen vom 2. Juli bringen. Gewerkschafter, Stadtteilaktivisten und Anhänger von López Obradors Partei der Demokratischen Revolution (PRD) kämpfen für eine komplette Neuauszählung. Nur so könne man beweisen, dass der konservative Felipe Calderón durch einen Wahlbetrug gewonnen habe. In 72.000 der insgesamt 130.000 Wahlbüros habe es Unregelmäßigkeiten gegeben, kritisierte die PRD und klagte vor dem Bundeswahlgericht. Calderón von der Partei der Nationalen Aktion (PAN) gewann mit einem Vorsprung von 0,58 Prozent der Stimmen. Fast täglich blockieren die Aktivisten Eingänge internationaler Banken, besetzen Mautstationen oder demonstrieren zu Hunderttausenden. Trotzdem erteilte das Wahlgericht einer kompletten Neuauszählung eine deutliche Absage. Nur knapp 12.000 Urnen sollten noch einmal gezählt werden – eine Entscheidung, die López Obrador nicht anerkennt: "Warum sollen nur neun Prozent der Lokale überprüft werden, wenn doch in 62 Prozent die glei-

chen Fehler und Merkmale auftauchen?" Die Teilauszählung endete am vergangenen Sonntag, die Richter äußerten sich allerdings zunächst nicht zum Ergebnis. Umso schneller meldeten sich die Wahlbeobachter beider Parteien zu Wort. Mehr als 100.000 Stimmen seien falsch ausgezählt worden, meinte der PRD-Vertreter Horacio Duarte. Hochgerechnet habe also López Obrador gewonnen. Nicht minder selbstsicher reagierte die andere Seite. Nur in zwei Prozent der nachgezählten Urnen habe man "unbedeutende" Fehler festgestellt, erklärte der PAN-Sprecher César Nava. Unternehmervverbände klagten Millionenverluste durch das Protestcamp an und auch einflussreiche liberale Intellektuelle stärkten Calderón den Rücken. "Er will auf der Straße gewinnen, was er an den Urnen verloren hat", beschienigte Sozialwissenschaftler Alberto Aziz Nassif dem PRD-Mann López Obrador.

Auf der Straße gewinnen

Eines ist richtig: Bislang konnte die PRD keine Nachweise für einen großangelegten Wahlbetrug vorlegen. Angesichts des knappen Ausgangs könnte López Obrador aber schon durch kleinere Betrugsmanöver um den Sieg gebracht worden sein. Doch auch eine komplette Neuauszählung würde ihm besten-

falls einen minimalen Vorsprung bringen. Und damit wäre nicht viel gewonnen. Weder Calderón noch López Obrador können das Land mit einer hauchdünnen Mehrheit regieren. Einen ersten Vorgeschmack auf eine solche Zukunft gab es am letzten Montag. Sicherheitskräfte gingen mit Tränengas gegen PRD-Aktivisten vor. Die Demonstranten hatten versucht, sich mit ihren Zelten rund um das Bundesparlament zu installieren. Am 1. September wird Präsident Vicente Fox (PAN) dort seinen letzten Rechenschaftsbericht ablegen. López Obrador hat für den Tag zur Belagerung des Abgeordnetenhauses aufgerufen. Bis zum 6. September muss das Wahlgericht eine Entscheidung treffen. Wie auch immer sie ausfällt, sie wird die Spaltung nicht aufheben können, die sich durch die Gesellschaft zieht. Sechs Jahre lang hat die PAN das Land regiert, und deren liberale Wirtschaftspolitik hat die sozialen Gegensätze noch verschärft. Es ist weniger der mutmaßliche Wahlbetrug, der die Armen nun auf das Boulevard "Reforma" treibt. Es ist die diffuse Hoffnung, dass ein populärer Politiker ihnen zu einer besseren Zukunft verhilft. Und der Wille, nicht wieder zu den Verlierern der Geschichte zu gehören.

Wolf-Dieter Vogel

NORDIRAK

Ölrente statt Strom

Nur wenige im Nordirak profitieren vom ökonomischen Boom. Die Proteste gegen die kurdische Regionalregierung nehmen zu.

Während in Bagdad der schiitische Islamist Muqtada al-Sadr seine Getreuen in Massenaufmärschen ihre Solidarität mit der Hizbollah proklamieren lässt, finden auch im Nordirak Demonstrationen statt. Allerdings richtet der Unmut sich nicht gegen Israel, der Adressat ist die eigene kurdische Regierung und deren Unfähigkeit, nach und nach mehr über drei Jahren so einfache Grundbedürfnisse wie die nach Strom, Wasser oder Benzin zu erfüllen. In einer Region, in der Unzufriedenheit meist auf Israel und die USA projiziert wird, ist das ein beachtliches Novum. Immerhin haben sich im Juni einer Umfrage der unabhängigen, in Suleymaniah erscheinenden Zeitung Hawlati zufolge sogar 65 Prozent der befragten Kurden für diplomatische Beziehungen mit dem jüdischen Staat ausgesprochen. Seit einiger Zeit gärt es im überwiegend kurdischen Nordirak. Während sich die Nomenklatura der beiden regierenden Parteien KDP (Demokratische Partei Kurdistans) und PUK (Patriotische Union Kurdistans) immer größere Villen baut und in Luxuslimousinen spazieren fährt, steigt seit Monaten der Benzinpreis. Zahlte man im vergangenen Jahr noch zehn

Cent pro Liter, so ist es inzwischen ein Dollar. Noch gibt es im Irak keine funktionsfähigen Raffinerien, Benzin muss im Tausch gegen Rohöl aus den Nachbarländern eingeführt werden. Derzeit stellt die Elektrizitätsbehörde täglich gerade einmal sechs bis neun Stunden lang Strom zur Verfügung. Eine rationale Stadtplanung existiert nicht, die Spekulation mit Bauland hat inzwischen eine neue Schicht von Reichen geschaffen. Wer heute in Arbil oder Suleymaniah Land kaufen will, blättert mehr Geld hin als in Istanbul oder Ankara. Die ins Land fließende Ölrente wurde nicht genutzt, um in Entwicklungsprojekte zu investieren. "Kurdistan verhält sich wie ein arabisches Emirat in den siebziger Jahren, alles Geld wird verschwendet für Repräsentation und Korruption", meint der Politikologiestudent Nabaz Ahmed. Vetterwirtschaft und Bestechlichkeit sind weit verbreitet. Es gibt Beamte mit einem offiziellen Monatseinkommen von umgerechnet 300 Dollar, die Häuser für mehrere Hunderttausend Dollar bauen. Die Bevölkerung auf dem Land fühlt sich besonders vernachlässigt. Vor allem für die Jugend gibt es kaum

Chancen. Wer kann, versucht sein Glück in den Städten. Das Durchschnittsalter im Irak liegt einer UN-Studie zufolge bei 19,5 Jahren. Wer unter 30 ist und nicht für den Staat oder eine Partei arbeitet, hat so gut wie keine Perspektive. Versprechungen gab es genug in den vergangenen Jahren. Als nichts passierte, gingen im letzten Jahr in der Kleinstadt Kalar erstmalig Hunderte auf die Straße. Die Polizei reagierte mit Härte und Repression. Im März dieses Jahres erschossen Sicherheitskräfte in Halabja mehrere Demonstranten. Die unabhängige Presse nahm dies zum Anlass, die Regierung heftig zu kritisieren, eine öffentliche Diskussion über die Schattenseiten der zuvor viel gelobten Demokratisierung im Norden des Irak begann. Die konkreten Probleme allerdings wurden nicht behoben. Kampf gegen Korruption "Sie reden und reden, aber es geschieht nichts", erklärt Fatima M. "Während sie sich in Suleymaniah Paläste bauen, haben wir keinen Strom", meint Fadel K., und ein Dritter, der ungenannt bleiben möchte, droht sogar: "Wir haben gegen Saddam gekämpft, wenn es so weiter geht, werden wir wieder kämpfen." Wo immer man dieser Tage hinkommt, sind solche oder ähnliche Äußerungen zu hören. In der vergangenen Woche gingen die Menschen in Kifri, Darbandikhan, Chamchamal, Neu-Halabja, Dohuk und Kalar

auf die Straße. Unterstützt wurden sie von neuen, unabhängigen Gruppen und Parteien sowie der Kommunistischen Partei. Es waren die bislang größten Demonstrationen gegen die kurdische Regierung. Erneut reagierten die Sicherheitskräfte mit Repression. Der Zeitung Awena zufolge wurden 96 Demonstranten verhaftet und elf verwundet. Die kurdische Nachrichtenagentur Peyamner meldete zudem, dass nur die parteieigenen Medien eine Erlaubnis hatten, die Demonstrationen zu filmen. Seit langem schon kritisieren die wenigen unabhängigen Medien in den kurdischen Gebieten, sie würden zunehmend in ihrer Arbeit behindert. Mehrere Journalisten wurden unter fadenscheinigen Gründen inhaftiert. Mit Repression, Vetternwirtschaft und dem Vorwurf, der Unmut werde von äußeren Feinden angestachelt, werden die Demonstrationen allerdings nicht zu stoppen sein, da sind sich die Organisatoren sicher. Auch wenn der Nordirak noch lange kein Rechtsstaat sei, könne diese Repression gegen Demonstranten und Andersdenkende keineswegs mit dem Vorgehen in den Nachbarländern verglichen werden. Die vorhandenen Freiheiten ermöglichen Unmutsäußerungen, und längst ist auch eine öffentliche Diskussion über die Rechenschaftspflicht der Regierung und der Parteien ausgebrochen. So treffen auch regelmäßig Politiker mit Vertretern der Demon-

stranten zusammen, und der Stadt Halabja wurde nach dem Konflikt im März eine Aufbauhilfe von 20 Millionen Dollar versprochen. Aber so leicht werden sich die Demonstranten nicht mehr abspesen lassen, meint ein Mitglied der Menschenrechtsorganisation DHRD in Suleymaniah. "Wir haben viel gelernt in den letzten zwölf Jahren, und nun ist es an der Zeit, auf friedlichem Wege für all die demokratischen Errungenschaften zu kämpfen, die wir angeblich schon haben." In einem Editorial der Zeitung Awene heißt es: "Die kurdische Regierung muss endlich verstehen, dass die weit verbreitete Korruption die Ursache für den Unmut ist und keine 'verborgenen Hände' hinter jeder Demonstration stecken. Die Proteste sollen friedlich und organisiert durchgeführt werden. Und als Gegenleistung sollen die Behörden mit ihnen respektvoll umgehen – denn Unterdrückung wird ihnen nicht aus der Krise helfen." Ein so genanntes Volkskomitee in Suleymaniah bereitet nun einen friedlichen Generalstreik vor. Auch dass Abubar Madjid und Rizgar Aziz, zwei seiner Mitglieder, vergangene Woche "verschwanden", hat die Organisatoren nicht von ihrem Vorhaben abgebracht.

Sandra Strobel und Thomas von der Osten-Sacken

Sandra Strobel ist Mitarbeiterin, Thomas von der Osten-Sacken ist Geschäftsführer der im Nahen Osten tätigen Hilfsorganisation Wadi e.V. (www.wadinet.de). Sandra Strobel befindet sich zur Zeit in Suleymaniah in Irakisch-Kurdistan.